

Der Deutsche Metallarbeiter

Gründet wöchentlich Samstag. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierteljährlich 1,50 M. Einzelne Preise die Abgabe. Willkommene ist Werbung.
nechte 75 Pfl. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-
Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stavelotstr. 17. Telefon 8366-67
Sitz der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Aufschriften und Annoncen
menübestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Oraan für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 47

Duisburg, den 20. November 1920

21. Jahrgang

Zum 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften

Was sagen die christlichen Gewerkschaften zu Wirtschaft und Gesellschaft im neuen Deutschland, welche Stellung nehmen sie zu den vielen neu aufgetauchten Problemen unserer Tage?

Mit Spannung erwarten die zwei Millionen im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Arbeitnehmer, Arbeiter, Angestellte, Beamte, den 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften. Sie alle empfinden die Notwendigkeit, daß dem deutschen Volke das Ziel seines Gehens und der Weg, der dorthin führt, gezeigt wird, damit es, aus Hangen und Bangen erlost, den Mut findet zu kraftvoller Gestaltung seiner Zukunft. Wer die Gesamtentwicklung überblickt, kann nur zu der Überzeugung kommen, daß das Kräftezentrum, das den deutschen Wiederaufstieg maßgebend beeinflußt, bei der Arbeiterschaft zu finden sein kann. Innerhalb der Arbeiterschaft aber kann es nur die christlich nationale Arbeiterbewegung sein, auf die sich gute Zukunftshoffnungen gründen können.

Wir wollen die Gedanken wiedergeben, die Dr. Brauer in der "Deutschen Arbeit" ausspricht und die sich mit der christlichen Arbeiterbewegung und der Lösung der sozialen Gegensätze befassen, weil auf den Ausgleich der sozialen Gegenseite ja alles ankommt.

Es ist vielen gar nicht zum Bewußtsein gekommen, daß

die christliche Arbeiterbewegung

mindestens so sehr durch die Umwälzung in ihren Reihen ergriffen werden mußte wie die sozialistische. Sie erzielte ja Einordnung in Staat und Gesellschaft und war mehr und mehr mit der bestehenden Ordnung so verwachsen, daß der Zusammenbruch dieser "bürglerlichen" Ordnung die christliche Arbeiterbewegung mit sich in die Tiefe zu reißen drohte. Mit dem Übergang von der alten Ordnung zu einer neuen hing die christliche Arbeiterbewegung sozusagen in der Luft. Die Sachlage wurde dadurch verschärft, daß Massen ihrer Mitglieder in der alles übertöhnenden Schicksalsgemeinschaft im Schlüssengraben das Gefühl für die Grunde einer Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung verloren hatten. Ferner machte die religiöse Einstellung der Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung dieselben einer Abkehr von dem zum schlimmsten Wucher ausgearteten Kapitalismus besonders zugänglich. Die dem christlichen Deutschen angebotene Anlage zur Mystik stimmte die Mitglieder der christlichen Arbeiterbewegung mit ihrer Bindung der gesellschaftlichen Kräfte im Sinne einer Gemeinwirtschaft vorzugsweise ein. In vielen Kreisen redete man mit wildlicher Ergriffenheit und heiliger Begeisterung von einem christlichen Sozialismus. Um so furchtbarer die Erkenntnung als nun der Sozialismus in so unglaublicher Weise versagte.

Wo finden nun die Besten unseres Volkes die Lösung der sozialen Gegensätze, die unser Volk wieder hochbringen sollen? In dem entrückten Zusammenwirken aller Schichten des Volkes und in der grundsätzlich gleichen Bewertung der verschiedenen Berufsbildungen. Die frühere bürgerliche Ordnung hat gegenüber diesen Forderungen praktisch versagt. Der Sozialismus lehnt sie grundsätzlich ab durch seine Auffassung von der Notwendigkeit der Entwicklung der Klassenkämpfe, insbesondere, wo diese Auffassung zu dem Rüste nach dem Diktator des Proletariats sich verdichtet. Unsere christlich sozialistische Auffassung von dem Charakter der menschlichen Gesellschaft als eines lebendigen Organismus weist jedem Gliede dieser Gesellschaft, also jeder Gesellschaftsgruppe, die Elternschaft eines unentbehrlichen Bestandteiles dieses Organismus an und verlangt die grundsätzlich gleiche Bewertung aller, weil nur so der Gesamtorganismus und damit wiederum jeder Teil desselben leben und gedeihen kann. Jeder Teil ist an der Gesunderhaltung der anderen Teile in gleicher Weise interessiert. Nirgendwo und in keiner Weise ist eine tiefere Begründung der Forderung auf Gleichberechtigung möglich. Und unter nationalen Gesichtspunkten, aus der Sorge um den Wiederaufbau unseres nationalen Gemeinwesens heraus, verlangen wir das Interesse des ganzen Volkes für die Sache der Arbeiterbewegung, weil diese die handarbeitende Betätigung so reorganisieren will nach der durch Kriegsverhältnisse verursachten Unzertugie, daß die Blutzufuhr für unser Gemeinwesen erneuert werden kann.

Der christliche Gedanke ist allein herufen, der Weltrettung zu dringen. Daran mitzuwirken ist Aufgabe aller, Richtlinien darin zu geben, ist Aufgabe des 10. Gewerkschaftskongresses der christlichen Gewerkschaften.

Vom inneren Kampf der Menschheit

Wir lachen am Ugrund. Völkisch zerschmettert; wirtschaftlich ruinert; Hunderttausende Arbeitsloser und Hungernerden; gramzerrissene Proletarkerinder auf den Hauptstraßen der Großstädte, die mit zitternden Händen Streichhölzer feilbieten; Schieber und Gaulenzer; Selbstlose, mondäne Tänzerinnen und rachsüchtige Würmchen im Grasfelder und in Hinterhäusern — und das deutsche Volk lacht. Maßnahmen? Bahnerne Paragraphen, vom guten Geist diktiert, wegen geliebelter Schwäche kaum durchführbar. Wir haben ein neues Deutschland, aber keinen neuen Geist. Das Schlechte vom alten Regime ist tausendfach vergrößert und vergrößert im neuen Staat. In fausen Medien wird der Egoismus und Materialismus totgeschlagen, eine wirklich selbstlose Tat würde das deutsche Volk ausschauen lassen.

Ideen und Worte ringen im deutschen Geist, der sich in furchtbaren Rückungen krümmt. Ideen der Vernichtung, Ideen der Herrschung, des Klassenkampfes, des Hasses, der Gleichmacherei und Unfreiheit.

Gibt es denn keinen Weg? Gibt es kein Licht, keine Sonne?

Da mögen sie am 1. sonnigen Mai große Plakate tragen vom Völkerfrühling: Sie bringen nur Nacht und Eisne, erfrierende Winterkälte über Volk und Gesellschaft.

Da müssen sie Hammer und Sichel, das Reichs der Sovjetrepublik Russland, brügeln an ihrer Brust tragen: Sie bringen nicht Arbeit und Brot, sondern Krieg und Hunger.

In ungeheuren Räumen zerwölbt sich die Menschheit. Wo strahlt ihr ein Licht?

Als ewig unveränderbarer Stern in den Geschicken der Menschheit und der Geschichte steht der christliche Gedanke als der Gedanke der Versöhnung, des Friedens, der wahren Größe.

Auf ihm müssen wir hin. Auf ihn müssen Staat, Wirtschaft, Volk, Stand und Individuum gebracht werden.

Aus der drängenden Fülle der uns umgebenden Probleme soll versucht werden, unseren Kollegen ein klares Bild vor Augen zu führen, sie wortähnlich zu festsitzen und ihren grundsätzlichen Standpunkt zu vertiefen, wozu die folgende Artikelserie beitragen möge:

Vom inneren Kampf der Menschheit,
die soziale Frage,
der Geist des Kapitalismus,
die Rechten,
Revolution und Evolution,
Das Christentum als Prinzip des Fortschritts.

*

Wir tragen mit der Sehnsucht nach der Erlösung von sozialen Leidern das tragische Erbe der Menschheit. Soweiß der Blick in die Menschheitsgeschichte zurückgeht, überall treffen wir auf dasselbe Problem: Soziale und geistige Not und das Nötigen der einzelnen Schichten nach oben. Seitdem die Menschen den letzten Blick in das verlorene Paradies taten, trat die soziale Not an sie heran.

Um die Gleichachtung geht der Kampf der Stände und der Völker, um das innere Verbündesein, um das Bruder — Mensch sein. Propheten und erhabene Geister haben dieses Ziel mit visionärer Kraft geschaut: seit dem Tage, da der erste Mensch seine Arme zum Licht redete, steht diese Sehnsucht neben ihm; an der Wiege der Völker wachte sie und ging von einem Land zum andern. Sie ist die verzweifelte Glut, nach der die erfaßten Seiten ihre Arme austreten.

Zu allen Zeiten und am meisten in den Tagen, in denen Reiche und Völker zusammengebrochen sind, erhobt sich in den Herzen der Menschheit in fieberhafter Stärke ein starkes Credimus: wir glauben. Wir glauben an die Einheit der Menschheit, wir glauben an ihre Erfüllung und Vollendung, wir glauben an die überaus starke Kraft des Brudergedankens in der Menschheit.

Aber dahinter redt sich aus den Grau und den furchtbaren Einerlei der Geschichte zwar nicht die Verneinung, aber der verzweifelte Ruf auf, den einst Du Bois Reymond aussetzte: Wir wissen es nicht und wir werden es nicht wissen. Denn die Menschheit nährt sich nur an den Feuer der Illusion, das die Menschheit auf ihrem Lebenswege braucht, wenn sie nicht sterben will.

Warum erhebt man diesen furchtbaren Schrei?

Weil man sich nicht mehr orientieren will an den

ewigen Gesetzen des Christentums, weil man für die Menschheit den Maßstab der Materie anlegt, weil man ihr Gesetze vorschreiben wollte, die den letzten höchsten Sittengesetzen entgegengestellt waren.

Die Geschichte ist eine harte Lehrmeisterin. Man mag tausendmal rufen „Bruder — Mensch“ — und wenn man sich vermisst, diesen erhabenen Gedanken nur auf unser treibhaftes Leben aufzubauen, dann schlägt er furchtbar in sein Gegenteil um.

Das letzte Jahrhundert sollte uns als Warnung dienen.

Die französische Revolution, gewaltig aus ungeheuren Instinkten herausgeboren, suchte ein neues Menschheitsideal zu konstruieren, u. schlug dabei den Glauben an Gott, an die höchste Autorität in Städte. Was war die Folge?

Erschüttert muß der Geist, der sich vor 130 Jahren ein neues Ideal der Gleichheit und Brüderlichkeit bauen wollte, es erleben, daß der Kreislauf der Entwicklung auf gesteigerter wirtschaftlicher und völkischer Stufe zu demselber Herrerecht zurückkehrte, das man damals brutal und theoretisch für überwunden hielt, ob das Herrerecht nun Klassenstaat oder Diktatur des Proletariats heißt, ist im Prinzip das Gleiche.

Die sogenannte Entwicklungstheorie der nicht nur von Friedrich Nietzsche vertretenen Richtung erklärt das schwache Individuum von Rechts wegen dem Untergang oder der Beherrschung durch das überlegene Leben verfallen zu.

Diese Theorie, welche das gleiche Menschenrecht, Freiheit und Liebe für wider die Natur erklärt, hatte sich des ganzen Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftslebens bemächtigt. Sie ist die schärfste Gegnerin des christlichen Rettungsgebaus, der auf dem Prinzip der Liebe aller Menschen, der Stärken und der Schwächen der Solidarität der Stände aufgebaut ist.

Diese zwei großen Ideenkomplexe
egoistischer Trieb und sittliche Erhebung
kämpfen um die Weltherrschaft.

Auf dem Boden der ersten Idee stehen der extreme Kapitalismus und der sozialistisch-marxistische Gedanke. Beherrschung der einen Schicht durch die andere. Der extreme Kapitalismus will die unteren Schichten knebeln, der sozialistische Gedanke will durch die Diktatur des Proletariats die Oberen durch die Unterer beherrschen lassen. Der sozialistische Gedanke mag soviel über Menschenliebe reden, als er will, im Grunde genommen ist er Menschenhass, weil er Klassenkampf, Rastengeist will. Der sozialistische Gedanke würde, wenn er siegreich wäre, die Menschheit wieder in die furchtbare Enge der Kasteneinteilung zurückwerfen, wie wir es im grauen Altertum von den Negern und Indiern wissen und wie es in unseren Tagen der Bolschewismus in Russland praktisch verkörperte. Daher ist auch der sozialistische Gedanke kein Fortschritt, keine Kultur, sondern Rückschritt und Tartarisierung.

Die zweite große Idee ist die christliche Rettungsidee, die die sittliche Gleichberechtigung aller Menschen verbindet und in Jahrhundertenlangen Kämpfen verfocht. Auf dem Boden der christlichen Idee stehen bewußt die christlichen Gewerkschaften und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Daher richtet sich auch der schärfste Kampf der sozialistischen Idee gegen die christlichen Gewerkschaften, weil diese konsequent einen Standpunkt vertreten, der dem sozialistischen unüberbrückbar gegenübersteht.

Dieser Kampf der sittlichen Erhebung und des egoistischen Triebes enthält den tragischen Konflikt der Menschheit. Jede Tat des extremen Kapitalismus und der sozialistischen Idee ist ein Bankrott des idealen Prinzips und endigt in brutaler Selbstsucht. Es gibt daher keine Lösung der sozialen Frage nur im Sinne der wirtschaftlichen und sozialen Gleichheit und Glückseligkeit, die sich aufbaut allein auf den egoistischen Trieb.

Aus egoistischem Trieb stemmt sich das Heidentum gegen die den Christentum aufgerufenen sittliche Gleichberechtigung aller Menschen, gegen die Abholzung der Sklaverei und es stark daran.

Aus egoistischem Trieb verwirft der extreme Kapitalismus die obersten Sittengesetze und beugt rücksichtslos alles unter sein kapitalistisches Soz aber auch er beginnt zu erliegen.

Wus egoistischem Trieb spottet die sozialistische Idee über Religion und Kirche und will für ihre Klasse allein die Herrschaft erlangen, aber sie fängt ein in Diskutierclubs auseinander zu fallen.

Wig und unveränderlich steht nur das große Menschheitsprinzip des Christentums.

Weil es das sittliche Fundament an sich darstellt.

Gehen wir dann nicht, daß schon bessere und edtere Geister in der Sozialdemokratie schmerhaft nach dem sittlichen Prinzip zurückverlangen, daß ihnen die materialistische Geschichtsauffassung ein Stun und kein Segen zu sein scheint; daß der bekannte Sozialist Ohbre in seinem Buch „vom unbekannten Gott“ heimwärts will?

Es gibt keine Erlösung der Menschheit nur im egoistischen Trieb.

Die Sozialdemokratie behauptet, die Geschichte der Menschheit sei die Geschichte von Klassenkämpfen. Wenn es solche Klassenkämpfe gegeben hat, dann trägt eben die Schuld daran nur der rein egoistische Trieb, zu dem sich auch die Sozialdemokratie bekennt.

Die sittliche Erhebung umfaßt den sozialen Gedanken, ebenso wie der egoistische Trieb den rein individualuellen umfaßt.

Alle Kämpfe um Gleichberechtigung sind ein Ringen zwischen der sozialen und individuellen Idee, zwischen Gemeinschaftsleben und Klassenstandpunkt. Alle Staaten, alle Völker machen diesen Streit durch, aber keiner hat anscheinend daraus gelernt.

Jede Nation durchlebt Tage, in denen die Stände in einem solchen scharfen Gegensatz stehen, daß die inneren staatlichen Kräfte dadurch ergötzt werden. Das ist vor allen Dingen dann der Fall, wenn eine Platzverschiebung der Stände vor sich geht, sei es nun, daß ein Stand sich infolge seiner rasch gestiegenen wirtschaftlichen Macht einen bedeutenden Platz im Staatsleben erringt oder daß ein neuer Stand infolge wirtschaftlicher Umwälzungen geboren wird, der kaum etwas anderes sein kann, als sein Leben. Ein solcher Stand sieht sich einer Rivalität von alten, durch Jahrhunderte mit Rechten und Vorzügen bedachten Macht gegenüber, die ihn hartnäckig bekämpft.

Solche Zeiten beweisen wieder die Nichtigkeit des Sages: daß die Geschichte dazu da sei, damit die Menschheit nichts aus ihr lerne. Das alte Athen, das alte Rom machten diese Katastrophen durch. Im alten Rom wanderte sogar der nach Recht ringende Stand, die Plebs, aus der Stadt aus, weil die alten Patriziergeschlechter rücksichtslos sich gegen jede staatsbedrohliche Gleichberechtigung aussprachen. Rom drohte infolge der Kurzfristigkeit seiner Vornehmen zu zerfallen und nur dem persönlichen Einschreiten einiger geachteter Männer gelang es, das Unheil abzuwenden. Das Volk errang sich den Zugang zu den Ehrendrätern und Führerstellen nur unter den schwersten Kämpfen und es dauerte lange, bis unter den Abtern Rom die Worte prangten: Senatus populusque Romanus. Der Senat und das römische Volk.

Das Mittelalter sah den gleichen Kampf zumeist in den Städten zwischen Adel und Bürgertum, das in den Burgen verkörperzt war. Dann wieder im Kampf des Großadels gegen das aufblühende Städtewesen überhaupt.

Wenn wir die Geschichte des Mittelalters, besonders Deutschlands, verfolgen, so sehen wir den einen bitteren Zug: Deutschland wurde ohnmächtig, nicht weil es vielleicht arm gewesen wäre, oder keinen Handel gehabt, kein Handwerk besessen hätte — alles das war vorhanden — sondern weil es sich selbst zerfleischte, weil die herrschenden Klassen die Reichen der Zeit nicht verstanden. Wäre zum Beispiel dem Klein-Bauernstand, statt ihm immer tiefer in die Leibeigenschaft zu ziehen, ein geordnetes Recht gegeben worden, wie es damals oft von einsichtigen Männern vorgeschlagen wurde, wir hätten nicht durch fast 50 Jahre hindurch von 1480—1525 die blutigen Bauernaufstände in Deutschland gehabt, die ganze blühende Steden Landes verödeten, in denen Städte und Dörfer in Flammen aufgingen, Tausende hingemordet und die Fackel des größten sozialen Kampfes entzündet worden. Man redete auch damals viel von den Pflichten der Unteren, nur von den Reichen redete man nicht viel. Man sieht in diesen Aufständen nur zuviel das Grausame, das erbärmliche, aber das Schöne, Tyrannische, was dazu drängte, darüber geht man oft mit leichtem Sprunge hinweg. Jede Seele ist explosiv veranlagt, und keine Kultur und keine Zivilisation zähmt das Tier, das in jedem Menschen liegt.

Das vermögen nur die sittlichen Prinzipien, wie sie im Christentum verankert sind.

In unserer Zeit wurde der Ständekampf auf das Höchstmaß gebracht durch den extrem kapitalistischen und sozialistischen Geist. Hass gegen Hass, Stand gegen Stand, Volk gegen Volk, der ungeheure Weltkrieg war die letzte Folge.

Dazwischen schaffte die christliche Arbeiterbewegung, um den idealen Geist in die Gesellschaft zu tragen. Ihre Scharen waren infolge der Indifferenz der Masse nicht groß genug.

Eins wissen wir: die Welt gehört der sittlichen Idee, nicht dem egoistischen Prinzip. Gebilde und Staaten werden morsch zerbrechen, wenn sie nur auf dem materialistischen Fundament aufgebaut sind. Daher gehört auch die Sozialdemokratie einmal der Vergangenheit an, wenn ihre Scharen, angekrekt, sich von ihr wenden und zum Bewußtsein kommen. Die Kämpfe werden hart und schwer sein, aber wir haben die Gewissheit der Zukunft. Das ideelle christliche Prinzip wird den wahren Völkerfrieden, den Völkerfröhling bringen. Fern seine Männer siegreich auf den Bühnen der Gesellschaft stanzen, wird der furchtbare innere Kampf der Menschheit sein Ende gefunden haben.

Maßnahmen gegen Betriebsabbrüche und Stilllegungen

Der Reichswirtschaftsrat befaßte sich in Konsequenz seiner Beschlüsse zur produktiven Erwerbslosenfürsorge mit einer Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und Stilllegungen. Der Erlass einer solchen Verordnung bildet seit langem eine Forderung der christlichen Gewerkschaftler. Bedingt wird dieselbe durch die Tatsache, daß zahlreiche stillgelegte Betriebe abgebrochen und das dadurch gewonnene Material, insbesondere die Maschinen und Werkzeuge, verkaufen werden. Nicht jeder Abbruch und jede Veräußerung ist nachteilig für die Volkswirtschaft. Gegen den Abbruch von Betrieben, deren Wiederbetriebsfertigung für die nächsten Jahrzehnte nicht in Aussicht steht, von Maschinenanlagen, die nur durch die Kriegswirtschaft bedingt waren und bei der fehlenden Friedewirtschaft überflüssig sind für Veräußerung von Maschinen, die technisch veraltet sind, bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Der Umstand jedoch, daß bei Veräußerung von Fabrikhallen- und Glurichtungen sich für den Unternehmer Gewinne ergeben, die den früheren Abschaffungswert um ein Vielfaches übertreffen und riesengroße Gewinne sich erzielen lassen, besteht die Gefahr, daß Abbrüche vorgenommen werden, die wohl im Privatinteresse liegen können, welche aber unserer Volkswirtschaft und insbesondere unserer Arbeiterschaft unerträglichen Schaden zufügen. Die Erfahrungen in dieser Hinsicht zeigen, daß diese Gefahr nicht nur für die Zukunft besteht und sich selbstsüchtige Unternehmer hierzu verleiten lassen, sondern daß solche gemeinschaftlichen Abbrüche tatsächlich stattgefunden haben. Jeder zu Unrecht vorgenommene Abbruch eines Fabrikgebäudes und gegen die volkswirtschaftlichen Interessen vorgenommene Verkauf von Maschinen an das Ausland bedeutet einen dauernden Verlust von Arbeitsstellen und Arbeitsgelegenheiten, damit vermehrte Arbeitslosigkeit für die Arbeiterschaft und Verlängerung der Erzeugung von Werten in der Heimat. Das Urteil darüber, ob ein Abbruch von Fabrikhallen oder ein Verkauf von Maschinen stattfinden darf, kann demnach nicht dem einzelnen interessierten Unternehmer überlassen bleiben, sondern muß unparteiischer Instanzen übertragen werden.

Durch den Friedensvertrag sind wir auf Jahrzehnte nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich gefrechelt und von den Maßnahmen der Entente abhängig. Deren rücksichtlose Maßnahmen unterbinden die industrielle Erzeugung und bringen uns von einer wirtschaftlichen Krise in die andere. Um uns aber wieder empor zu arbeiten, unsere Handelsblüte wieder aktiv zu gestalten, bedarf es der restlosen Zusammenfassung aller Kräfte zur Erzeugung von Werten. Es ist deshalb zu erstreben, keine Anlagen unbenuzt zu lassen und keine arbeitsfreudigen Kräfte dem Müßiggang zu überantworten. Nicht mit Bezahlung von Arbeitslosenunterstützung ist der Arbeiterschaft gedient, sondern mit Schaffung von Arbeitsgelegenheiten. Es darf deshalb nichts untersucht gelassen werden, Betriebszinschränkungen und dadurch vermehrte Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Eine vom wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates angenommene Verordnung befaßt sich deshalb mit beiden oben behandelten Fällen, sowohl dem Abbruch von Betrieben wie auch der ganzen oder teilweisen Nichtbenutzung von Betriebsanlagen. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befreiung wird, nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 438) folgendes verordnet:

§ 1.

Erhaber oder Leiter von gewerblichen Betrieben (§ 105 Abs. 1 der Reichsgesetzordnung) und von Betrieben des Verkehrsverkehrs, ausdrücklich des Reichs und der Länder, in denen in der Regel mindestens 20 Arbeitnehmer beschäftigt werden, sind verpflichtet, bei der Bundesregierung zu bestimmenden Demobilisierungsbehörde sowie durch Drahtnachricht dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin Anzeige zu erstatzen, bevor sie

1. Betriebsanlagen ganz oder teilweise abbrechen oder bisher zum Betriebe gehörige Sachen in anderer Weise dem Betriebe entziehen, insbesondere veräußern oder betriebsunfähig machen, sofern hierdurch die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Unternehmens verhindert wird. Diese Vorschrift findet auf zum Betriebe gehörige Rechte sinnmäßige Anwendung;
2. Betriebsanlagen ganz oder teilweise nicht benutzen, sofern hierdurch:

- a) in Betrieben oder selbständigen Betriebsstellen mit in der Regel weniger als zweihundert Arbeitnehmern zehn Arbeitnehmer,
- b) in Betrieben oder selbständigen Betriebsstellen mit in der Regel mindestens zweihundert Arbeitnehmern fünf vom Hundert der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmerzahl, jedenfalls aber, wenn mehr als fünfzig Arbeitnehmer zur Entlassung kommen.

Die Anzeigepflicht besteht nicht bei Unterbrechungen und Einschränkungen in der Betriebsführung, die durch die Eigenart des Betriebes bedingt sind.

Die beachtligste Maßnahme darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisierungsbehörde im Falle 1 nicht vor Ablauf von sechs Wochen, im Falle 2 nicht vor Ablauf von vier Wochen nach der Fertigstellung der Anzeige getroffen werden. Wird sie nach innerhalb eines Monats nach Ablauf der in § 1 Abs. 1 dieses Absatzes und im Falle des § 4 Abs. 1 Nr. 1 nach Ablauf der dort festgesetzten Fristen getroffen, so ist unter den Voraussetzungen des Abs. 1, die Anzeige erneut zu erstatzen.

Unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Tagen nach Fertigstellung der Anzeige, sind die im betroffenen Betriebe oder selbständigen Betriebsstellen vorhandenen und die jetzt ihm bestimmten Rechte an Rechten und Betriebsstoffen, insbesondere Betriebsstoffen und Halbjährlichen, vollständig und wahrscheinlich der zuständigen Demobilisierungsbehörde mitzuteilen.

Maßnahmen der in Abs. 1 Nr. 2 bezeichneten Art, die innerhalb der letzten sechs Monate vor Fertigstellung dieser Verordnung getroffen werden, sind innerhalb von vier Wochen nach Fertigstellung dieser Verordnung anzuziegen. Die Vorschriften des Abs. 3 finden entsprechende Anwendung.

§ 2.
Innerhalb der in § 1 Abs. 2 festgesetzten Fristen darf ohne Genehmigung der zuständigen Demobilisierungsbehörde eine die ordnungsmäßige Führung des Betriebes beeinträchtigende Veränderung der Sozial- und Rechtslage nicht vorgenommen werden. Insbesondere darf über die in § 1 Abs. 3 genannten Vorschriften innerhalb der Maßnahmen der ordnungsmäßigen Führung des Betriebes verfügt werden.

§ 3.
Die zuständige Demobilisierungsbehörde hat, im Benehmen mit Betriebsleitung und Betriebsvertretung, gegebenenfalls unter Heranziehung von Sachverständigen, insbesondere der zuständigen Fachorganisationen (Selbstverwaltungsräte, Außenhandelsstellen usw.) unverzüglich nach Fertigstellung der Anzeige und innerhalb der in § 1 Abs. 2 festgesetzten Fristen oder, falls eine Anzeige nicht erstattet ist, bei oder nach Beginn einer der in § 1 Abs. 1 bezüglichen Maßnahmen aufzuhören, welche Umstände die beschäftigten Maßnahmen veranlassen, welche Maßnahmen veranlassen. Die Auflösung hat sich auch darauf zu erstrecken, welche Hilfemaßnahmen zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten des Betriebes angezeigt erscheinen.

Die Landeszentralbehörden und die zuständigen Demobilisierungsbehörden werden ermächtigt, alle Anordnungen zu treffen, die geeignet sind, die tatsächlichen Verhältnisse des Betriebes aufzulären und Zuüberhandnahmen gegen § 2 zu verhindern.

§ 4.
Die zuständige Demobilisierungsbehörde ist ermächtigt:
1. Im Falle des § 1 Nr. 1 die in § 1 Abs. 2 festgesetzte Frist aus zwingenden Gründen um einen Monat und, falls weiterhin zwingende Gründe vorliegen, um weitere zwei Monate zu verlängern;

2. Im Falle des § 1 Nr. 1 und 2 und die in § 1 Abs. 3 genannten Vorschriften im Falle des § 1 Nr. 1 auch die vom Abbruch oder der Entziehung bedrohten oder betroffenen Gegenstände, innerhalb der in § 1 Abs. 2 festgesetzten Fristen zu beschlagnahmen und spätestens 2 Wochen nach Ablauf dieser Fristen zugunsten des Betriebs einzutragen.

Im Falle des § 4 Nr. 1 bleibt die Befugnis zur Beschlagnahme und Enteignung während der vor bestimmten Fristen bestehen.

Die Ausübung der in § 4 Abs. 1 festgesetzten Befugnisse erfolgt durch Instanzierung eines entsprechenden Beschlusses an den Inhaber oder Leiter des Betriebes. Gegen die Entzugsverlängerung nach § 4 Abs. 1 kann Einspruch bei der Landeszentralbehörde erhoben werden.

Die Entzugsverlängerung nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 hat gegen angemessene Entschädigung die den Tagespreis des Tages der Entzugsnahme nicht übersteigen darf, zu erfolgen; entgangener Gewinn ist nicht zu erstatzen. Durch die Entzugsverlängerung darf die ordnungsmäßige Führung der übrigen Teile des Betriebes nicht beeinträchtigt werden. Gegen die Festlegungen der Entzugsverlängerung ist innerhalb von sechs Monaten, von der Zustellung des Festzugsbeschlusses an, der ordentliche Rechtsweg zulässig.

§ 5.
Die Bestimmungen dieser Verordnung finden keine Anwendung, wenn die in § 1 Abs. 1 bezeichneten Maßnahmen auf Anordnung oder mit Zustimmung einer zuständigen Behörde oder einer mit behördlichen Befreiungen ausgestatteten zuständigen Stelle erfolgen oder wenn nachweislich Mangel an Rohstoffen, Betriebsstoffen und Rohstoffen, trotz rechtzeitiger Vor- und Betriebsförderung, vorliegende Wirtschaftliche Maßnahmen in Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelten nicht als Maßnahmen im Sinne dieser Verordnung.

§ 6.
Wer den Vorschriften der §§ 1 und 2, 4 Abs. 1, Nr. 2 oder den nach § 3 Abs. 2 ergangenen Anordnungen verstößt, wird mit Geldstrafe bis zu hunderttausend Mark und mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit einer dreistufigen Strafe bestraft. Bei Fahrlässigkeiten trifft Geldstrafe bis zu 50.000 M. ein.

Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die Zuüberhandnahme bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 7.
Der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister erlassen gemeinsam die erforderlichen Ausführungsanweisungen.

§ 8.
Die Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Wie aus der Verordnung hervorgeht, soll sich dieselbe hinsichtlich der Nichtbenutzung von Betriebsanlagen nicht nur auf die kommenden Fälle beziehen, sondern auch auf die innerhalb der letzten sechs Monate vor Inkrafttreten der Verordnung eingetretenen Fälle.

Nach anfänglichem Widerstande der Arbeitgebermitglieder des Reichswirtschaftsrates gegen den Erlass einer solchen Verordnung, der sie die Notwendigkeit ablehnen, erklärten sie sich nach längerer Aussprache und unter Annahme einiger Änderungsvorschläge mit derselben einverstanden. Die Verordnung wurde somit einstimmig von allen drei Gruppen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, freie Berufe) angenommen. Sie schafft zweifellos Garantien, die die Arbeiterschaft vor willkürlichen Maßnahmen des Unternehmertums in Zukunft schützt. Die Verordnung soll da eingesetzt, wo der Schutz gemäß der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern ihre Grenze hat. Der Demobilisierungsbehörde wird ein äußerst wichtiger und verantwortungsvolles Aufgabengebiet zugeteilt. Gilt unsere Funktionäre ergibt sich daraus allerorts die Notwendigkeit nachzuprüfen, ob unser Einfluß auf diese Stellen ein gegenüber ist und wir in allen Demobilisierungsausschüssen eine Vertretung haben, um im Sinne der Verordnung wirken zu können.

Nach anfänglichem Widerstande der Arbeitgebermitglieder des Reichswirtschaftsrates gegen den Erlass einer solchen Verordnung, der sie die Notwendigkeit ablehnen, erklärten sie sich nach längerer Aussprache und unter Annahme einiger Änderungsvorschläge mit derselben einverstanden. Die Verordnung wurde somit einstimmig von allen drei Gruppen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer, freie Berufe) angenommen. Sie schafft zweifellos Garantien, die die Arbeiterschaft vor willkürlichen Maßnahmen des Unternehmertums in Zukunft schützt. Die Verordnung soll da eingesetzt, wo der Schutz gemäß der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern ihre Grenze hat. Der Demobilisierungsbehörde wird ein äußerst wichtiger und verantwortungsvolles Aufgabengebiet zugeteilt. Gilt unsere Funktionäre ergibt sich daraus allerorts die Notwendigkeit nachzuprüfen, ob unser Einfluß auf diese Stellen ein gegenüber ist und wir in allen Demobilisierungsausschüssen eine Vertretung haben, um im Sinne der Verordnung wirken zu können.

Die „soziale“ Revolution

Wieder einmal hat sich der Tag der deutschen Revolution gejährt. Oswald Spengler sagt in seinem bekannten Buch: „Präsentum und Sozialismus“, daß die furchterliche Ironie des traurigen Schauspiels, das man die deutsche Revolution nennt, dem Deutschen in ihrer jungen Tragik erst bewußt werden würde, wenn er aus einem Abstand von Jahrzehnten darauf zurückblickt.

Die Wahrheit dieser Ansicht zeigt sich heute schon, nach zwei Jahren. Es gibt in Deutschland kaum noch einen denkenden Menschen, der an politische Erfolge und Errungen der Sozialisten dieser Revolution glaubt. Auch unter den Sozialisten, selbst unter den links und an der äußersten Linken stehenden nicht! Die politische Revolution hat abgewirtschaftet, wird schon heute nirgends mehr ernst genommen. Sie hat uns nichts gebracht.

was wir nicht schon hatten. „Das macht die Revolution so verzweifelt lächerlich: sie brach auf, um ihr eigenes Haus anzuzünden. Was 1914 das deutsche Volk sich selbst versprochen, was es bereits langsam, ohne Pathos zu verwirklichen begonnen hatte, wofür zwei Millionen Männer gefallen waren, wurde verleugnet und vernichtet.“ (Oswald Spengler a. a. O.)

„Über die Novemberrevolution war ja keine politische Revolution, es war eine soziale Umwälzung!“ Dieser Einwand klingt wie eine trüste Ausrede durch enttäuschte Ausläufungen von Sozialisten, denen die Ereignisse über den Kopf gegangen sind, die sich nachträglich in die Revolution „eingeschoben“ haben, um die flügelnde Kölle zu verdecken, die sie selbst beim Aufsturm der Casse und der meuternden Heimatkamee gespielt haben.

Eine soziale Revolution! Welche sozialen Errungenschaften verdanken wir denn den Novemberkämpfern? Bei näherem Zusehen zerplatzen die Seisenblasen sozialistischer Phrasen und sozialen Errungenschaften der Revolution zu Lust, zu leerem Nichts. Es hat keinen Zweck, Vogel-Strauß-Politik zu treiben und den Kopf in den Sand zu stecken. Nur wenn man bangende Fehler erkennt und einsieht, bewahrt man sich vor der Wiederholung und neuem, schlimmern Elend. Und wenn diese Einsicht auch eine bittere Enttäuschung für den bedrängten einen blinden Glauben an diese Dinge besessen hatte, so ist dies Bitterkeit immer noch dem gesetzlichen Verharren in einem der „aggressiven“ Irrtum vorzuziehen.

„Die Revolution hat der Arbeitnehmer“ fast in allen ihren Kategorien die seit Jahrzehnten etablierte Gleichberechtigung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete gebracht“. Ist das wahr? Von allen, die links von der Mehrheitssozialdemokratie stehen, wird das stark bestritten. Wie unsererseits haben keinen Grund, die Tatsache zu leugnen, daß die Stellung des Arbeitnehmers im heutigen, sozialen Leben gegenüber der Kriegszeit eine wesentlich andere, bedeutend gehobnere ist.

Die Ständesvertretungen, die Gewerkschaften, die Gewerkschaften stellen heute nicht nur ganz andere Machtaktoren dar, als vor dem Kriege, sondern sind nicht nur von den Arbeitgebern, sondern auch staatlicherseits als mitbestimmende, maßgebende, gleichberechtigte Faktoren im wirtschaftlichen und sozialen Leben anerkannt. Ebenso ist die soziale Stellung des einzigen Arbeiters, Angestellten und Beamten, abgesehen einer natürliche Folge der Anerkennung ihrer Organisation, eine viel geachteter, angesehener, als früher. Die soziale Erziehung der breiten Arbeitnehmerschichten wirkt auch zuletzt auf ihre politische Machtstellung. Die Arbeiterschaft ist heute Träger und Meldgrat des Staates und dadurch in der Lage, die soziale Gesetzesgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Das alles kann und soll keineswegs verkannt, auch nicht in seiner Bedeutung, als sozialer Fortschritt geschmälerter werden.

Aber ist das eine Errungenschaft der Revolution? Das ist ja gerade das Verhängnisvolle der deutschen Revolution, daß sie in einem Moment losbrach, wo alle diese Dinge längst bestanden und gesichert waren, wo durch alles das die Möglichkeit einer gerade damals so notwendigen nationalen Einheit geschaffen war, die durch den Novemberaufstand wieder zerstört wurde. Dieser Tatsache verdanken wir ja in der Hauptsache unseres und inneres Unglück. Die Freude an dem Errungenen wurde der Arbeiterschaft verfälscht, vergällt, die Freude an dem nicht oder weniger freudig Gegebenen den übrigen Gesellschaften geraubt, der innere soziale Friede sowohl als der äußere, politische, der Völkerfrieden sabotiert, zerstört. Das deutsche Proletariat stürzte gegen das Gebäude an, das es sich selber in mühevoller Arbeit, unter unsäglichen Entbehrungen wohnlicher eingerichtet hatte, zertrümmerte sein eigenes Glück, das Glück und den Fortschritt des ganzen Volkes, der Nation, des Landes, Dunkle Existenz, vollsprechendes Literatengeschmeiz, führten die Masse zum Sturm gegen alles, was Deutschland mindestens in sozialer Beziehung an die Spitze der Völker gestellt hätte, gaukelten ihm Luftschlösser aus der russischen Analphabeten-Republik vor. Der rücksichtige, aber glänzend ungebildete Muschel Russlands wurde das Vorbild der intelligenten, hochstehenden deutschen Arbeiterschaft.

Es muß dem deutschen Arbeiter wieder einmal klar zu Bewußtsein kommen, wie sehr er sich durch diese Revolution, durch das Nachbeten sozialistisch-bolschewistischer Phrasen, durch seine Schwärmerei für das östliche Judentum und Analphabetentum, das russische Rätesystem, das inzwischen dort selbst längst abgewirtschaftet ist, erniedrigt hat. Es muß aus den Söpfen heraus, daß die Revolution die sozialen Errungenschaften der Neuzeit gebracht hat, weil es nicht wahr ist, weil es einer der verhängnisvollsten Irrtümer ist, in denen das deutsche Volk verstrickt ist.

Wie liegen in Wirklichkeit die Dinge? Unser Verbandsvorsitzender, Kollege Wieder, betonte auf unserer Essener Generalversammlung:

„Das Unternehmertum war schon im Kriege zu der Erkenntnis gekommen, daß die 10–12 Millionen Menschen, die vielleicht als siegreiche Männer heimkehrten, nicht wieder in das Sklavenjoch zurückkehren würden, daß neue Wege beschritten, neue Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müßten. Das war eine Folge der natürlichen Entwicklung, und wir freuen uns, unsererseits alles getan zu haben, um sie zu fördern.“

Der sozialistische Landtagsabgeordnete Boldt zollte im August dieses Jahres in Münster ebenfalls fest, daß es sich in der Geschichte immer wieder zeige, daß nach einem Kriege die heimlehnenden Sieger die politische und soziale Führung ihres Landes übernahmen, und da dieser Krieg ein Volkskrieg im wahren Sinne des Wortes war, war es eine Selbstverständlichkeit, mit der sich auch jeder abgefunden hätte, daß die breite Masse des Volkes politisch und sozial gehoben, und für den neuen Kurs maßgebend würde. Und der tatsächliche Verlauf der Dinge zeigt die unverrückbare Wahrheit dieser Behauptungen.

Schon zu Anfang des Jahres 1918 äußerte sich der bekannte Führer der deutschen Industriellen, der Abgeordnete Melo in einem Gewerkschaftsführer gegenüber in dieser Sache. Im Hilfsdienstsjahr war die behördliche Überprüfung der Gewerkschaften bereits zum Abschluß gekommen, in der Arbeitsgemeinschaft die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gegenseitig anerkannt, in der Form der Selbstverwaltungskörper die Selbstverantwortlichkeit des Kapitalismus gebrochen und der wirtschaftlichen Willkürbestimmung der Arbeiterschaft, einer planmäßigen Gewerkschaftsarbeits für und vor geöffnet. Die organische Weiterentwicklung der bereits lange vor der Revolution in Geschäftigung und öffentlicher Meinung verankerten sozialen Ideen und Errungenschaften hätte, daß deutsche Volk zu einer solcher noch nie gezeigten Höhe, zu einem sozialen Gemeinschaften im Sinne wahrschaffender Nächsterliebe, Freiheit, Gleichheit, und Brüderlichkeit führen können.

Da aber kommt der deutsche Mihl, läßt sich von amerikanischen Großkapitalisten, vom englischen Konsulat, vom französischen Finanzier, der nach begreiflichen Renten giebt, vom italienischen, internationalen, freimaurerischen Finanz, vom zaristischen dummen russischen Mafzik die Hintermütze über Augen und Ohren ziehen, und hant in blinder Wut aller in Städte, was ihm zum Ergen hätte sein können. Das ist der Erfolg, die Errungenschaft der Revolution, daß wir auf sozialem Gebiet genau so vor einem Feind verharren können, wie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete.

Und der vielfach vorausgesetzte Achtundertag, der bereits lange vor der Revolution durch hindende Abmachungen zwischen den beteiligten Organisationen festgelegt war, wäre in einer für die Volkswirtschaft erbürtigen und als Eingangsblüte angenehmen Weise organisch und sicher durchgeführt worden, wenn nicht die Revolution durch den bewirten Erfolg der „Vollstaaten“ einen Kämpferstag in das feine Süderwerk der Volkswirtschaft geführt hätte, das jetzt führende sozialdemokratische Gewerkschaftsführer (A. Schröder) entsetzt anstreben: „Das haben nicht Männer der Partei, das haben Politiker am ersten Tag gemacht“. Und die Folge dieses Streiches der Thronräuber am ersten Tag ist, daß wir heute nicht wissen, aus dem Glanz herauszukommen, daß der schwerarbeitenen Hütten- und Bergarbeiter auf das Ungerechte beruhrt ist, daß die breite Masse des Volks ihre eigenen Produkte kaum noch kaufen kann, weil sie zu knapp geworden sind, daß der Arbeiter und Angestellte nach vollbrachtem Tageswerk zu Hause selber seine Zimmer anstreichen und tapetieren, seine Schuhe selber schuh und reparieren muss usw., und der schenkbare Achtundertag in Wirklichkeit ein 10, 12 und 14-Stundentag geworden ist, während Tausende und Abertausende arbeitslos auf der Straße liegen.

Das sind die „sozialen Errungenschaften“ der Revolution. Wenn wir sie überwinden wollen, wenn wir wieder zu besseren Lebensverhältnissen kommen wollen, dann sind dazu drei Dinge unabdingt notwendig:

1. Energie des Freimachen vom sozialistisch-kommunistischen Phrasenschwall und vom Einfluß des Kapitalismus, vor allem ostwärts, russischer Abenteuerer.
2. Freimütiges Bekennen zur christlich-nationalen Idee, zur deutschen Volksgemeinschaft, zum christlichen deutschen Solidarismus.

Dann werden wir auch auf sozialem Gebiete die verhängnisvollen Folgen dieser unseligen Revolution überwinden und besseren Zeiten entgegenziehen.

Liberatus.

Streiflichter

Betriebsrätetag des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes beruft, im Einvernehmen mit den beteiligten Gewerkschaften, eine Betriebsräte Tagung auf Mittwoch, den 24. November 1920, vormittags 9 Uhr, in den Städtischen Saalbau nach Essen ein. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage der deutschen Volkswirtschaft. (Reichsarbeitsminister Dr. Braune.) 2. Was erwarten wir von den Betriebsräten? (Johannes Grebmann, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes.) 3. Die Zusammenarbeit von Angestellten und Arbeitern im Betrieb (Karl Kappel, Gewerkschaft Deutscher Angestelltenverträge).

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes.
A. Stegerwald, Otto Thiel, Wilhelm Götze.

Der Vorwärts gegen wilde Streiks.

Das war nicht immer so; es gab eine Zeit, wo der Sozialist auch die wilde Streik so mit einem heiteren, einem nassen Auge ansah, wenigstens aber nicht immer so energetisch dagegen aufgetreten ist, wie bei einigen Tagen ausgebrochenen wilden Streik der Eisfleißer in Berlin ohne Rücksicht auf Solzane für die wilde Streik der Eisenarbeiter gegen den „Kapitalismus“ oder burgosierte Stadtgemeinden, sodeute der „Vorwärts“ zwar etwas seinen Redaktionssatz, um das Gefühl zu dämmern. Daß hier die Sach anders. Berlin ist ein sozialistisches Gemeindezentrum, die Stadtbehörden sind Sozialisten. Mit diesem sozialistischen Gemeindezentrum als Unternahmet gerieten nun die sozialistischen Herren Eisfleißer

wegen Lohnreduktionen in Notizen und setzen zum erstenmal, als ihnen die gesuchte Lohnreduktion nicht genug kam, in einen Streik.

Einmal nun schlägt der „Vorwärts“ vor, wenn es geht, die Hauptarbeiter gewesen zu sein, dann die „Vorwärts“ auf dem Gewerkschaftsgefecht gegen einen wilden Streik hinzu treten. Es steht in der Nr. 519:

„Streiks, wie dieser, sind Unternehmen, die, wenn sie aufgefangen werden, nach allen Seiten reichen müssen, auch nach den politischen. Die Streiks müssen allen Arbeiterschaften, allen Gewerkschaften einen sozialen Angriff bereitstellen. Sie können jetzt bei jedem Streik, der in einer sozialen Betriebsausicht, höhnend darauf hinweisen, daß jene sozialistische Gemeinde Groß-Berlin nicht für sie ist, mit ihren Arbeitern zu verzagen, was will man dann von dem sozialen Angriff? So kann ein unberechtigter Streik eine Blöße für den sozialen Arbeitgeber werden.“

Der Satz, daß der Streik nicht das erste, sondern in diesem Sinne Mittel des Sabotage ist, gilt für jeden gewerkschaftlichen geistigen Arbeitnehmer ganz allgemein. Er sollte dann, wenn es sich für die südlichen Arbeitnehmer gerät, die eine soziale Betriebsverantwortung zu tragen haben und die durch einen Angriff durch ihre Macht der Arbeiterschaft den allgemeinen Schaden aufzufügen könnten. Es ist ein Tugendschlag, wenn sie darüber, ob sie der allgemeinen Arbeiterschaft dienen, für sich selber einen halbaren Vorteil erlangen. Wenn nach der Macht der streikenden Eisfleißer weiter verzagen wird, wird der Schaden für die Bewegung ungeheuer sein und alle werden ihn zu tragen haben.“

Wo Not am Mann ist, befindet man sich auf einmal wieder auf vernünftige und soziale Grundlage. Unter Eisfleißer zum wilden Streik ist bekannt. Die christlichen Gewerkschaften verwenden aus Prinzipieller Sicht und sehen in ihnen nur ein Mittel, um die Arbeiterschaft unterzubringen zu schwächen. Wenn der „Vorwärts“ und mit ihm die Freiheit der sozialistischen Stadt“ Berlin zu der gleichen Aussicht kommen, so ist das zwar erstaunlich, hindert aber nicht, daß der „Vorwärts“ durch eine schneidende verradikalisierte Politik den Eisfleißern nicht einen Streik als Sabotage gezeigt hat. Ob die sozialistischen Gewerkschaften diesen wilden Streik gegen ein sozialistisches Gewerbe auch führen werden? Möglicher wäre es, sie blieben ja dann nur ihrer Tradition treu. Am üblichen aber ist dieser „stilvolle“ Kampf ein leuchtendes Beispiel zu dem jamaikanischen Wort: „Proletarier aller Länder, vereint Euch!“

Die „Brüderlichkeit“ sozialistischer Gewerkschaften.

In Berlin tobte zurzeit wieder einmal ein wilde Streik („Vorwärts“), gegen wilde Streiks). Die städtischen sozialistischen Arbeiter, bekanntlich die lautesten Räusperer für die sozialistische Fanfare, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, gelten sich wieder einmal von ihrer „besten“ Seite. Arbeitsbeschaffungen und Nettohandelsvertrag unterscheiden. Von sozialer Seite wird bekannt gegeben, daß die Kaufhäuser insgesamt stromlos sind. Operetten können nicht angeschaut werden. Sozialistische Menschenleben sind in Gefahr. Keiner wird die letzte vertriebenen Gruppe der Nord-Südbahn außer Vertrag gebracht, bedurft ist, nach dem Vertritt der mächtigsten Gewerke, die Machtlosigkeit des Eigentümers von Häusern an bisweilen gefährlichen Stellen der Friedrichstraße gegeben. Die Strenge von Goslar ist durch Sabotage abgeschnitten.

Ob Franke und Sänglinge infolge bisher traurigen Verhältnisses leben müssen, schreibt das klassenbewußte Proletariat keinen Deut „Alles zur größten Ehre Lenins!“

Freie Arbeiter-Union und Kirche.

Die Freie Arbeiter-Union, ein sozialistisch-kommunistisches Gebilde, die Hauptstütze der früheren „Vorwärts“, beruft ihren Mantel abzuwerfen und offen in Kampf gegen Religion und Kirche zu machen. Sie ist dazu eine treue Nachahmerin der politischen Sozialdemokratie und auch des sozialistisch-orthodoxen Marxistischen Verbandes, der sich anscheinend eigene Räume hat für das sozialistische Projekt „Revolutionären Erziehung“. Der „Schröder“ ist das offizielle Organ der Freien Arbeiter-Union und sehr seinem Lesern in Nr. 43 folgendes erstaunliche Vermeldet vor.

Die Kirche ist die Institution, den Glauben des Menschen in seine beständige Mündung in Himmel zu schlagen. Sie macht den Menschen zum Sklaven.

Die Kirche fordert die Ausgabe der eigenen Persönlichkeit, bringt dem Menschen das Rüstzeug. Also ist sie nicht lebensfähig.

Die Kirche fordert das Handeln über das eigene Blut, wider die Natur. Also ist sie die Mutter der Lüge.

Die Kirche fordert zur Nachfolge des Jesus von Nazareth auf des Kreuzes, des Heiligen Geistes, des heiligen Fanatisches, des Selbstlosen, Aufrichtigkeit, Friedfertigen, der nichts hat, da er sein Haupt hinkrempelt — und lebt selbst dahin in Freuden, Sorgen, Huren, Unabsicht, Gewalttätigkeit. Also ist sie der Ursprung der Heuchelei.

Die Kirche segnet des grauenhaftesten Blutbad, das die Weltgeschichte je sah und hält sie damit die Taschen, — ihre Taten haben sie gerichtet.

Die Kirche ist die Mutter, auf der die Schwachen sind, das Leben fürwirken. Du aber bist Mensch und hast die Pflicht aufrecht zu halten; deum dadurch unterscheidest du dich vom Tier. Also wirst die Kirche fort!

Solch elsthaftes Zeug ist die Art für die „Unentwegten“. Das soll wohl die „Arbeiterinteressenträgerung“ der Freien Arbeiter-Union sein, die den Hauptziel Sabotage und Terror ist. Unsere Anliegen stehen wieder einmal, wie es mit der Frage der sozialistischen Neutralität bei den Sozialisten bestellt ist. Gedenk endlich deiner Arbeit, möchtest du voll Abstand abwenden von solchen Gesetzen, die das Hiltze mit Hohn, Spott und Verleumdung begeistern.

Des Glanz muss noch größer werden.

Ein Gott muss 30 M. kosten.

So reden nicht die Herren Kapitalisten, so redet nicht der verrostete Staat, so reden die „starken“ Arbeitersfreunde, die Sänglinge von „der Freiheit lichten Waffen“, nämlich die Herren Kommunisten. Das „Dresdener Volkszeitung“ hat der lästige Arbeitminister, Genosse Helbig, zur Kenntnahme seiner kulturdidaktischen roten Brüder folgendes bemerkenswerte Beitrag geleistet:

„Die deutschen Kommunisten arbeiten den französischen Militäristen in die Hände. Auch diese erklären, daß Deutschland zertrümmert werden, dann erst komme der Wiederaufbau. Das werde aber dann ausbleiben. Der Kommunismus sei realisiert. Unks der Sozialdemokratie sei eine andere politische Partei nicht mehr möglich; nur für Saiten sei da noch Platz. Das lehrt deutlich, die Gegenwart, die Zukunft, die häuslichen Verhandlungen mit Gewerkschaften, die er oft zu führen habe,

„Bei den kommunistischen Führern wiederholt erklärt worden das Breit mit 30 M. kosten und die Arbeiter dürfen nur sehr viel verdienen wie jetzt. So müßte es kommen da wäre der Aufschwungbruch schneller.“

Das ist eben die Parole der Kommunisten. Möglicherweise ist es in Lehner schlagen, denn dann sollen sich auch betriebe, insbesondere Metz, gerade aus dem Ruder des Fests und des Wirtschafts auf den Stangen Gold verdienen. Eiche die "Vollkommenheit" in die jenseitigen * * Regelung der Nebelstädte gezwungen hat.

Aus dem Vorentwurf des im Reichsarbeitersministerium beschäftigten Lehner über die Regelung der Arbeitszeit der gewerbl. Arbeitnehmer folgt eine Korrespondenz mit: Als gewerbl. Arbeiter im Sinne des Gesetzes gelten alle, die in einem gewerbl. Betrieb, einschließlich des Handels, des Bergbaus und der Verarbeitung und in den Unternehmen des Reiches, der Länder und der Kommunen, auf Grund eines Vertragsverhältnisses, oder Besetzen, Gehissen, Lehen, Leihen, Werkmeister, Techniker oder Fabrikarbeiter beschäftigt sind. Ausgenommen sind im Grunde ausdrücklich die Angestellten von mindestens 50 Arbeitnehmern. Das Gesetz findet auch keine Anwendung auf Betriebe, in denen nur Familienangehörige beschäftigt werden und auf die in der Heimat beschäftigt. Und von den Betriebsministern der Eisenbahn, der Staatsbahnen und der Telegraphen- und Postverwaltung im eigentlichen Reich sind keine Beschäftigten gelten nicht unter die Vorschriften eines Ausgenommen sind auch das Flugzeug, das See- und Luftschiffbau sowie ausdrücklich der Schiffsbau. Der Paragraph 3 des Gesetzes bestimmt, daß im allgemeinen die Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden, einschließlich der Pausen, nicht überschreiten darf.

Es heißt aber dann im Gesetz: „Wenn an einzelnen Werktagen, insbesondere an den Tagen vor Sonn- und Festtagen, im Betriebe weniger als acht Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann das Zeiten an Arbeitsstunden dadurch angepasst werden, daß die Arbeitszeit an den übrigen Werktagen der gleichen Woche so längst wie möglich darf, die Gesamtdauer der Arbeitsstunden an den sechs Werktagen einer Woche nicht mehr als 48 Stunden und nicht mehr als neun Stunden täglich bei einer täglichen Arbeitszeit, jedoch nicht über 12 Stunden täglich, ist in jenen Fällen mit dazu zu rechnen, wenn sie, infolge unvermeidlicher Betriebsverhältnisse, unvermeidbar ist und ihre Erfüllung innerhalb drei Tagen dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten zur Kenntnis gebracht wird.“ Weiter bestimmt das Gesetz, daß die Arbeitszeit zusammen mit der für den Unterricht in der Berufsschule verwendeten Zeit innerhalb einer Woche 51 Stunden nicht überschreiten darf. Die mit Schichtarbeitszeit arbeitenden Betriebe ist festgesetzt, daß die Arbeitszeit für die Arbeiter, die die sonntäglich notwendigen Arbeiten ausführen, im Durchschnitt dieser Wochen 56 Stunden wöchentlich nicht überschreiten darf.

Paragraph 6 unterfragt den Arbeitnehmern, die in einem Betrieb beschäftigt sind, in ihrem oder einem anderen Betriebe ein dauerndes Lebensverhältnis mit einem zweiten Arbeitgeber einzutreten. Die Arbeitgeber dürfen nicht gestatten, daß ihre Arbeiter nach Abschluss der geplanten Arbeitszeit, auf eigene Rechnung im Betrieb weiter arbeiten. Die Arbeitsstunden der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren und der Arbeitnehmer dürfen nicht vor 5 Uhr morgens beginnen und nicht 10 Uhr abends hinaus dauern. Arbeitnehmer dürfen nach ihrer Arbeit auch keine Wege nicht beschäftigt werden. Sonderbare Maßnahmen sieht das Gesetz in Vollständigkeit erheblicher Sanktionen des Betriebes vor.

Bekanntmachungen

Da die Beiträge für die kommende Woche immer im vorher zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. November, der 48. Wochenbeitrag fällig, für die Zeit vom 21.-27. November.

Die Ortsverwaltungen und Goliathstellen werben gebeten, bei Markenbeschaffungen schon jetzt in Betracht zu ziehen, daß ab 1. Januar neue Marken in anderer Farbe herausgegeben werden und die jetzigen Marken dort nicht mehr verwendet werden dürfen. Es ist infolgedessen zu empfehlen, jetzt nur noch den Bedarf bis 1. Januar zu bestellen.

Adressenänderung.

Kreisb. Die Geschäftsstelle der Ortsverwaltung befindet sich jetzt Postfach 153. Tel. 2241.

Verbandsgebiet

Köln. Die erste Halbjahresgeneralversammlung der Ortsverwaltung Köln fand am Sonntag, den 24. Oktober in der Brauerei zur Gosef in Köln statt. Mit Rücksicht auf die Sachverständigkeiten und den sonstigen Veranstaltungen innerhalb unseres Verbandes war es möglich, die Generalversammlung zu einem früheren Zeitpunkt abzuhalten.

Der Vorsitzende, Kollege Rütersch, eröffnete Eingangs das Tafelalen der während der Berichtszeit uns durch den Tod entlassenen Kollegen. Insgesamt sind während der Berichtszeit 20 Kollegen gestorben.

Der Berichtserstattung ging der Kollege Nierfeld zunächst auf die wirtschaftliche Lage ein und schätzte in trefflicher Weise die Schwierigkeiten, unter denen unter geführtes Betriebstreiben zu leiden hat. Die Unsicherheit in den politischen Beziehungen gaben auch neben anderen Faktoren dem gesamten Betriebstreiben ihr Gepräge. So vor die wirtschaftliche Lage im Jahre 1919 äußerst widersprüchlich war, so war dies auch die Signatur unserer wirtschaftlichen Beziehungen während der Berichtszeit.

Unser Betriebsland im Jahre 1919 ist auch während der Berichtszeit nicht anders geworden. Unser Geldwert war im Auslande isoliert schwankungen unterworfen. Unsere Mark stand im Monat Februar auf 4 Pfennig und stieg im Juli auf 12 Pfennig, und kam dann wieder herunter. Die Schwankungen sind auf das Auslandsgeschäft unserer Metallindustrie nicht ohne Wirkung gekommen. Wöhrend im Monat Mai das Auslandsgeschäft für uns deutsche Maschinen über 2½ Milliarden betrug, sank dasselbe im Monat Juli auf 500 Millionen Mark hinunter. Dagegen im Eigenbetriebsland eine Preissteigerung von 200 Mark pro Tonne Stahl, bis zum Stabteil beschlossen wurde, aus die Auslandsschwankungen zurückzugehen. Zu der Hartzeugindustrie, sowie auch in Kleidungswaren manzelt es an Aufträgen.

Wenn nun auch die gegenwärtige wirtschaftliche Lage ziemlich trocken ist, so bauen wir doch nicht mit getrockneten Lippen in die Zukunft schauen. Deutsche Technik und deutsche Arbeit wird sich in Zukunft ihre Stellung wieder auf dem Weltmarkt erkämpfen, die früher ihr waren vor. Der deutsche Betrieb wird machen, sich in den eigenen Staaten, insbesondere in Holland, bald bemüht.

Gehaltssteigerungen ist großes Umstehen, wie den auch gegenwärtig wohl kaum durchgeführt werden können. Unsere Hauptaufgabe und unsere Hauptarbeit müssen wir so einsteilen, um eine Preissteigerung aller Lebensmittel und Haushaltungsgegenstände herabzuhalten. Aus den Schwierigkeiten, unter der unsre ganz Wirtschaft zu leiden hat, kön-

nen wir nur dann heraus, wenn die Notenpreise zum Stillstand gebracht und ein allgemeiner Preisabbau generell durchgeföhrt wird.

So den vorwärts Schwierigkeiten in der Metallindustrie ist vor allen Dingen das Abkommen von Spanschub, was verlangt, daß 2 Millionen Tonnen Steinkohlen monatlich, deren Qualität von den Aktiengesellschaften festgesetzt wird, abgeliefert sind. Nach den Verordnungen des Reichsabteilungsministers wird jetzt die deutsche Industrie, darunter fällt auch unsere Kölner Industrie, nur noch mit 60 Prozent Abholzungen beladen sein. Als Erfolg wird gerechts oder Braunkohle zu gewünschen.

Dass die hierzu erforderliche Umstellung der Heizungsanlagen für die Beweinung von Braunkohlen mit hohen Kosten verbunden ist, ist ohne Zweifel klar, denn die Umstellung im südlichen Schlachthof in Köln ist allein auf 4 Millionen Mark veranschlagt worden.

Hier kommt noch die Forderung der Entwicklung der Entwicklung der Dieselmotoren. Der Dieselmotor leistet mit Rückicht auf die Kostenknappheit, unter der wir zu leiden haben, der deutschen Industrie sehr wesentliche Dienste. Wenn schon der Wert der in Deutschland hergestellten Dieselmotoren auf 1½ Millionen Mark geschaut wird, so würde der Gesamtumschlag bei vollständiger Entwicklung zu der hier durch arbeitslos werdenden Arbeiter auf mindestens 3 Millionen Mark gerechnet werden müssen. In der Gasmotorenfabrik in Deutz, würde mindestens die Hälfte der Belegschaft arbeitslos werden.

Dies in unser gesuchtes Wirtschaftsleben einzuordnenden Massnahmen haben sich auch auf dem Arbeitsmarkt noch bemerkbar gemacht. Am Hocharbeitsnachweis für die Kölner Metallindustrie betrug die Arbeitsstundenzahl im Monat September 1921. Es kamen nur 27 Prozent Stunden zugewiesen werden. Überblickt sind in dieser Zahl die große Zahl von Arbeitern, die mit beschäftigter Arbeitszeit arbeiten.

Die Mitgliederbewegung in der Berichtszeit zeigt uns kein erfreuliches Ergebnis. Die Volkskasse hatte einen Zugang von 1070 Mitgliedern und einen Abgang von 888, so daß also nur 182 Mitglieder vom geplanten Zugang dem Verband erhalten blieben. In der Jugendkasse betrug der Gesamtzugang 271 Mitglieder und ein Abgang von 203, so daß auch in der Jugendklasse von dem Gesamtzugang nur 68 Mitglieder dem Verband erhalten geblieben sind. Die Gesamtmitgliederzahl betrug am 1. Juli d. J. 9038 Mitglieder. Während der Berichtszeit war die Ortsverwaltung an 19 Bewegungen beteiligt, wovon 8 von unserm Verbande allein um 11 mit den anderen Organisationen geführt wurden. An diesen Bewegungen waren insgesamt 13 712 Mitglieder beteiligt. Der gesamte finanzielle Erfolg betrug pro Woche 515 601 Mark. Die Erfolge für Einzelkollegen sind in dieser Zahl nicht eingetragen. Wenn man auch die anderen gewerbl. Erfolge, die erzielt worden sind, noch berücksichtigt, so stellt dieser finanzielle Erfolg nur ein Bruchteil von dem dar, was an intensiver gewerbl. Arbeit für die Kollegen erzielt worden ist. Um so unverhältnismäßig ist die starke Fluktuation.

Der Kollege Nierfeld erstattete den Kassenbericht. Die Einnahmen für die Hauptkasse betragen im 1. und 2. Quartal 184 822,69 Mark; die Ausgaben 18 193,18 Mark. An die Hauptkasse abgeführt 166 629,42 Mark. Die Gesamtkasse hat die Volkskasse einschließlich Kassenbestand betragen 174 980,42 Mark, die Ausgaben 118 300,52 Mark. Der gesamtjährliche Volkskassenbestand beträgt 56 670,90 Mark. Der Marken durchschnitt betrug im 1. Quartal 10,75 und im 2. Quartal 11,4 Mark.

In der Diskussion wurde betont, daß das Einkommen der Arbeiter Existenzminimum nicht darstellt, und dadurch das andauernde Anstreben der Lebensmittelpreise und Haushaltungsgegenstände die Arbeiterschaft in Schulden geraten sei. Insbesondere wurde auf die hohen Kartoffelpreise und die schlechte Haushaltspersonalversorgung hingewiesen. Desgleichen kam eine eindrucksvolle Stimme gegen die Bestätigung der Dieselmotoren zum Ausdruck, und wurde mit alter Entschiedenheit gegen die Förderung der Entwicklung auf die Forderung der Dieselmotoren protestiert. Die Kollegen erklärten, gefestigt hinter der Regierung zu stehen. In die Arbeitslosenfrage wurde noch folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung der Ortsverwaltung Köln des Christlichen Metall-Arbeitsverbandes mit stützt den Arbeits-Gesamtvorsammlungsbeschluß von Eisen in der Erwerbslosenfürsorge und fordert durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der derzeitigen Wirtschaftskrisis, die zahlreiche Arbeiter schwer betrifft. Den unverhältnismäßigen Arbeitslosen ist eine entsprechende Unterstützung zu gewähren oder durch die Einführung produktiver Gewerbeleistungsförderung unzureichende Arbeitsgelegenheit zu beseitigen. Für die Kurzarbeiter ist der Prozentsatz des anzurechnenden Lohnes gemäß Art. 9 der Arbeitslosenfürsorge von 60 auf 40 Prozent herabzusetzen.

Branchenbewegung

Elektromontage.

Die letzte gutbesuchte Branchenversammlung der Elektromontage in Köln beschäftigte sich mit der Einrichtung eines Fachkurses für die Elektromontage. Der Vorsitzende, Kollege Hinzmann, machte einleitend bekannt, daß aus Gründen von Rundfragen sich 50 Kollegen bereit erklärt hatten, an dem Kursus teilzunehmen. Der Kollege Marg von der Verwaltung sprach darüber, in begleiteten Worten über die Bedeutung der Fachkurse für die Kollegen im elektrotechnischen Gewerbe. Als Kursteilnehmer ist bereits ein Herr Ingenieur und Gewerbelehrer Blaßheim gewonnen. Der Kursus sind folgende Fachvorträge zugrunde gelegt:

- Wirkungen des elektrischen Stromes, Stromrichtung, Pole, Elemente.
- Elektromotorische Kraft, Stromstärke, Widerstand, Ohm'sches Gesetz.
- Spannungsverlust, Leistung, Watt, Kilowatt, Kilowattstunde.
- Stromverzweigungen, Joulesches Gesetz.
- Magnetismus, Elektromagnetismus, Induktion.
- Magnetische und elektrische Induktion.
- Selbstinduktion, Kapazität, Wechselstrom.
- Effektive Stromstärke und Spannung.
- Phasenverschiebung, Dreiphasen, mehrphasiger Wechselstrom.
- Die technischen Meßinstrumente.
- Die Erzeugung des Stromes aus Dynamomaschinen, Ringanker, Strommesser.
- Mehrpolige Dynamomaschinen, Einfluß der Drehungarbeit auf Spannung und Stromstärke.
- Aufbau des Ankers, das Magnetgestell, Ankerzündung, und Zündverschiebung.
- Feuerzeugung und Selbstzündung, Hauptsstrom, Nebenschluß und Doppelzündmaschinen.
- Wendepole, Drehmaschinen, Leistung und Wirkungsgrad.

Die Kursus-Teilnehmer fanden lebhaften Anklang und erklärten sich für Kollegen bereit, an dem Kursus teilzunehmen.

Der Vorsitzende sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die sowjetische Branchenleitung der Ortsverwaltung Köln durch den Kursus an Einheiten und auch an Elitisten zu gewinnen trachte.

Die Erhöhung der Zechenmetallarbeiter.

Läßt nach wie vor sehr viel zu wünschen übrig.immer mehr geraten sie bei den im Bergbau gewöhnten Lohnverhältnissen ins Hintertreffen. Immer größer wird die Spanne ihres Verdienstes im Bergbau mit dem in der Metallindustrie beschäftigten Bergarbeiter. Es ist allerhöchste Zeit, der Beschränkung der Löhne der Zechenmetallarbeiter mit aller Energie entgegenzutreten. Die nachstehende Aufstellung, entnommen den amtlichen Veröffentlichungen und basierend auf die geltenden Tarife, ergibt folgendes Bild über die durchschnittlichen Bergarbeiterlöhne im O.-A.-R. Dortmund (a, b, und Revier Hamm) und den Löhnern auf den Werken der Metallindustrie im gleichen Bezirk je Schicht in Mark:

	Durchschnitts-löhne der einzelnen Arbeiterschichten	Steigerung beträgt für	Wehrlöhne	Lohnsätze für Bergarbeiter	Unterschied zwischen Berg- und Metallindustrie
	Unterschiedliche Gruppe	Zeichensetzer	Bergarbeiter	auf Schicht	in Metallindustrie
I. Jahresmitte 1916	8,25	5,50	—	—	10,50
II. Quartal 1917	10,00	6,00	1,74	1,36	8,34
III. " "	10,70	7,16	0,70	0,50	8,54
IV. " "	11,54	7,32	0,84	0,16	4,22
I. " 1918	12,16	7,68	0,62	0,36	4,48
II. " "	12,61	8,01	0,45	0,23	4,60
III. " "	13,23	8,38	0,67	0,37	4,90
IV. " "	14,92	9,08	1,21	1,58	4,56
I. " 1919	15,05	12,23	3,53	3,27	4,42
II. " "	19,53	14,75	1,48	1,52	4,78
III. " "	23,01	16,12	3,48	1,37	6,89
IV. " "	27,66	19,44	4,05	3,32	8,22
I. " 1920	30,33	25,37	11,72	6,10	11,51
II. " "	49,58	36,97	10,20	11,10	12,61
Kraft lehrt		+ 2,00	+ 2,00	—	35,00
Lohnverhöhung		+ 2,00	+ 2,00	—	50,40
					12,40

Wie diese Aufstellung ergibt, ist die Entlohnung der Löhne für die Zechenmetallarbeiter die deutlich ungünstigste. Dieses fällt um so mehr ins Gewicht, da es sich hier meist um erwachsene und verheiratete Arbeiter handelt. Bei den heutigen Preisen für den Lebensunterhalt reichen diese Löhne bei weitem nicht aus. Eine Verschönerung zahlreicher Familien der Zechenmetallarbeiter, Unterernährung derselben und besonders deren Kindern, ist unabdinglich. Das aber ist nicht das Einzige. Der Zechenmetallarbeiter weiß nicht, woher er das Geld für die Einkehrung von Kartoffeln u. a., Beschaffung warmer Kleidung nehmen soll. Angesichts dieser Sachlage herrscht denn auch unter den Zechenmetallarbeitern eine sehr berechtigte Unzufriedenheit mit der zuletzt vorgenommenen Lohnverhöhung.

Doch warum kommen die Löhne der Zechenmetallarbeiter so niedrig heraus? Warum erweiterte sich die Spanne zwischen De-nom. Lohn und dem des Hause und der Rollen in der Metallindustrie so gewaltig gerade in den letzten Monaten wieder? Das Stanbessbewußtein und die Verunsicherung der Zechenmetallarbeiter läßt besonders in letzter Zeit wieder sehr zu wünschen übrig. Solange dieses nach und so lange sich der Berufszollege der Zechen mit dem der Metallindustrie einschließt, nimmt auch seine Lohnentwicklung einen befriedigenden Gang. Läßt er sich aber einfließen von dem Industrieverbändlichen Bestrebungen der Bergarbeiterverbände, dann wird offenbar, daß der Zechenmetallarbeiter als „beunruhigender“ Arbeiter des Bergbaus, als das notwendige Nebel, als das „finstere Rad am Wagen“, den Mäzenen zieht. Musten doch die Bergarbeiterverbände, vom Christlichen Metallarbeiterverband zur Klärung des Tarifs und zur Forderung einer Lohnverhöhung angegangen werden, und kam die so nötige Lohnverhöhung ja erst ins Nollen, nachdem dann unser Christlicher Metallarbeiterverband notgedrungen gezwungen war, über den Kopf des Gewerbevereins, den geständigen Bohrtarif zu kündigen. Zechenmetallarbeiter! Vergesse das nicht und ziehe daraus Deine Folgerungen!

Kraft der Arbeitsgemeinschaft im Bergbau sollen die Bergarbeiterverbände durch ihre Unterschrift die für den Bergbau geltenden Tarife abschließen, aber alles andere soll und muß mit in den Händen und unter dem Einfluß alter im Bergbau vertretenen Vereinorganisationen liegen. Das Eigentumsrecht „bergbaufremde“ Organisationen ist nach wie vor in schärfster Form gegenüber den Kumpels zurückzuweisen. Sprechen wir es doch offen aus, es muß heute oder morgen die Stunde kommen, wo darüber die Entscheidung fällt, ob neben den Bergarbeiterverbänden alle anderen Organisationen, genau wie die Handwerker auf den Zechen, nur gebüdet werden, oder als gleichberechtigter und vollwertiger Faktor anerkannt werden. Wer sich die Bergarbeiterverbände vorstellen möchte, vergleiche verschiedene, nun, so müssen andere gewerbl. erlaubte Mittel helfen.

Die Zechenmetallarbeiter aber sollten sich ihrerseits an Hand dieser Aufstellung und dieser Ausführungen nochmals klar werden, wo ihr Platz ist, wo am besten ihre Interessen gewahrt werden, wenn ihre gewerbl. Arbeitserfüllung und ihre Treue gelten muß. Nach allen Erfahrungen, die die Zechenmetallarbeiter in den beiden letzten Jahren machen, betrifft ihrer Lohns- und Arbeitsverhältnisse, kann nur der Bergarbeiterverband, der Christliche Metall